Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1930

14.8.1930 (No. 187)

Visual Library

Nr. 187 Donnerstag, den 14. August 1930 173. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: i. V.: C. A. Seyfried Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Kartellgesetzgebung

Das Gutachten des Reichswirtschaftsrats

Der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates berät seit 14 Tagen über das von der Reichsregierung geforderte **Gutachten** betreffend die Anwendung der **Kartellnotverordnung**. Am Mittwoch hat der Ausschuß seine Beratungen beendet. Das Ergebnis wird am Freitag der Reichsregierung zugeleitet werden.

Über das Ergebnis der Beratung verlautet folgendes:

Der Reichswirtschaftsrat hält eine Senkung der kartellierten Preise bei Nahrungs- und Genußmittel für **möglich** und **empfehlenswert**. Zugleich aber sagt er, daß die Anwendung der Kartellnotverordnung oder gar die Zerschlagung der Kartelle nicht den geeigneten Weg darstellen, um zu diesem Ziele zu kommen. Er empfiehlt vielmehr der Reichsregierung, die Kartelle der Produktion und des Handels zusammenzuberufen, damit sie im **Verhandlungswege** den Erfordernissen der augenblicklichen Lage und der effektiven Preisverbilligung der Rohstoffe und Halbfabrikate Rechnung tragen. Erst für den Fall, daß zwischen Produktion und Handel eine Einigung nicht erzielt wird, soll die Regierung die Kartellnotverordnung anwenden und dann auch die Auflösung der Kartelle betreiben.

Weiter wird mitgeteilt: Verschiedene Meldungen über die Beschlüsse des Reichswirtschaftsrats haben einen falschen Eindruck erweckt. Der Reichswirtschaftsrat hat die ihm von der Reichsregierung gestellten Fragen, ob die Preisbewegungen durch Vereinbarung der Kartelle schädlich oder nützlich sind, nicht prinzipiell beantwortet, weil ihm das Material fehlte. Es seien noch viele Untersuchungen notwendig, um in dieser Frage Bescheid geben zu können. Überwiegend war man der Auffassung, daß sich am ersten bei den Lebensmitteln ein Eingreifen ermöglichen lasse. Man hat Abstand davon genommen, einen allgemeinen Eingriff in die Wirtschaft der Kartelle und Trusts zu empfehlen. Anders habe man sich zu Markenartikeln gestellt, wo die Mehrheit bei den Lebensmitteln Eingriffe unter Umständen für geboten hielt. Sonst wurden alle Beschlüsse einmütig gefaßt.

Der neue Grenzpersonenbahnhof Neu-Bentschen

WTB. **Neu-Bentschen**, 14. Aug. (Tel.) Die **Inbetriebnahme** des **Grenzpersonenbahnhofes Neu-Bentschen**, der auf Grund des Versailler Vertrages gegenüber dem an Polen abgetretenen früheren deutschen Knotenpunkt **Bentschen** errichtet werden mußte, um die durch die Grenzziehung zerschnittenen Linien Berlin—Posen, Landsberg (Warthe), Bentschen und Leipzig—Guben—Bentschen wieder in einem Punkt zusammenzufassen, ist heute nacht glatt verlaufen. Um 4.30 Uhr lief fahrplanmäßig als erster Zug auf dem Auslandsbahnsteig der Ostpreußenzug D 52 ein, dem um 4.50 Uhr auf dem Inlandbahnsteig der Zug von Meseritz folgte. Mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Reichsbahn hat die Reichsbahndirektion Osten in Frankfurt (Oder) von einer offiziellen Feier abgesehen.

Wieder ein deutsch-polnischer Zwischenfall

WTB. **Marienwerder**, 14. Aug. (Tel.) Die „Weichselzeitung" meldet: Bei **Graban** wurden am Montagabend die Arbeiter Gustav **Wendt** und **Skodda** aus Marienwerder von **polnischen Grenzbeamten festgenommen**, weil sie die polnische Grenze angeblich unberechtigt überschritten haben sollen. Sie wurden am Dienstagmorgen dem Kreisgericht Meve zugeführt.

Die französische Streiklage

WTB. **Paris**, 14. Aug. (Tel.) Wie Havas aus **Lille** berichtet, haben die sozialistischen Gewerkschaften der Metallindustrie eine Entschließung angenommen, in der sie sich bereiterklärten, die Grundlage eines am 1. August 1930 vorgeschlagenen **Kompromisses** anzunehmen. Sie haben ihre Delegierten in diesem Sinne ermächtigt, eine Lösung **herbeizuführen**.

Die Delegierten der **Textilarbeiter** haben auf der Präfektur um eine **Aussprache** mit den Arbeitgebern nachgesucht. Die Arbeitgeber lehnen in einem Schreiben die Bitte ab. Sie erklären, wenn die Auffüllung der Fabrikvorräte und die damit verbundenen ungünstigen Bedingungen andauern würden, würden sie zur Stillegung der Betriebe, die seit Monaten drohe, gezwungen sein. Außerdem seien die Löhne elfmal so hoch wie vor dem Kriege, die Familien- und sonstigen Zulagen gar nicht gerechnet. Darauf haben die Textilarbeitergewerkschaften die Vermittlung des Arbeitsministeriums angerufen.

Nach dem „Matin" haben im Streikgebiet von Roubaix-Tourcoing 4800 Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen, da ihre Lohnforderungen bewilligt wurden. Nach der gleichen Quelle soll der Textilarbeiterstreik in St. Quentin, von dem 1100 Arbeiter betroffen wurden, so gut wie beendet sein. Mit der Wiederaufnahme der Arbeit werde für heute gerechnet.

Die personelle Seite der Osthilfe. Die Verhandlungen über die **personelle Seite** der Osthilfe, die Mittwoch abend in der Reichskanzlei zum Abschluß gelangt sind, haben nach der „Voss. Ztg." als Ergebnis die **unmittelbare Unterstellung** des Apparates der Osthilfe unter den **Reichskanzler** gebracht. In die Berliner Zentralstelle werden seitens des Reiches außer dem Minister **Treviranus** der Ministerialdirektor im Reichsernährungsministerium, **Wachsmann**, der die Osthilfe bisher ressortmäßig verwaltet hat, sowie der bisherige demokratische Abg. **Rönneberg** entsandt werden. Die preußische Regierung wird durch den Wohlfahrtsminister **Hirtsiefer** vertreten sein.

Letzte Nachrichten

Um den Butterzoll

Vor der Kündigung des Handelsvertrages mit Finnland

M. Berlin, 14. Aug. (Priv.-Tel.) Für heute steht die Kündigung des deutsch-finnländischen Handelsvertrags zu erwarten. Reichskanzler Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius, der seinen Urlaub in Badenweiler abgebrochen hat, sind dazu in Berlin eingetroffen.

Nachdem bekanntlich die Privatverhandlungen mit Finnland, eine Erhöhung des Butterzolls zu erreichen, gescheitert sind, soll der Handelsvertrag gekündigt werden. Finnland hatte bisher einen Butterzoll von 27,50 RM, der automatisch nach dem Prinzip der Meistbegünstigung für alle Staaten, denen diese Begünstigung gewährt ist, galt. Nach der Kündigung erhöht sich der Butterzoll für alle Staaten auf 50 RM. Nach einer Blättermeldung soll der Reichslandwirtschaftsminister Schiele aus dieser Frage eine Kabinettsfrage gemacht und mit dem Rücktritt gedroht haben.

Prozeß Göbbels wegen Beleidigung Hindenburgs

Eine Erklärung des Reichspräsidenten

CNB. Berlin, 14. Aug. (Priv.-Tel.) Vor der 2. Strafkammer des Landgerichts III stand heute die Verhandlung gegen den nationalsozialistischen Abgeordneten und Schriftsteller Dr. Joseph Göbbels wegen Beleidigung des Reichspräsidenten statt. Zu Beginn der Verhandlung gab der Vertreter der Anklage, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Lesser, ein Schreiben des Reichspräsidenten bekannt, durch das, wie er betonte, ein Wink gegeben sei, den Angeklagten zur Zurücknahme seiner Äußerungen zu bewegen. Der Brief des Reichspräsidenten, den der Vorsitzende sodann verlas, und der an den preußischen Justizminister gerichtet war, hatte etwa folgenden Wortlaut:

„Aus der mir abgegebenen Erklärung des Herrn Dr. Göbbels habe ich entnommen, daß Dr. Göbbels eine absichtliche persönliche Beleidigung meiner Person ferngelegen und daß er lediglich in Wahrnehmung seiner politischen Interessen gehandelt hat. Ich würde daher meinen Strafantrag zurücknehmen, wenn dies noch möglich wäre. Da dies aber nicht mehr möglich ist, erkläre ich, daß ich die Angelegenheit persönlich als erledigt betrachte und an einer Bestrafung des Herrn Dr. Goebbels kein Interesse mehr habe."

Der **Vorsitzende** regte an, die Hochherzigkeit des Reichspräsidenten, die in seiner Erklärung zum Ausdruck komme, vielleicht zum Anlaß zu nehmen, daß Dr. Göbbels seine Berufung zurückziehe und sich bei dem erstinstanzlichen Urteil beruhige, da die Staatsanwaltschaft ihre Berufung gleichfalls bereits zurückgezogen habe. Dr. **Goebbels** erklärte aber, daß das für ihn nicht in Frage komme. Es habe nicht in seiner Absicht gelegen, den Reichspräsidenten persönlich zu beleidigen, sondern er habe nur in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Es wurde darauf in die Verhandlung eingetreten.

Die Beleidigung des Reichspräsidenten wird bekanntlich in einem Artikel des „Angriff" „Lebt Hindenburg noch?" und in einer Karikatur erblickt, und die Vorinstanz hat lediglich in einem Teil der Karikatur eine Beleidigung für erwiesen angenommen. Der **Vorsitzende** machte sodann noch einmal den Versuch, Dr. Göbbels zu einer Zurücknahme seiner Berufung zu bewegen, was dieser jedoch abermals ablehnte mit der Bemerkung, daß der Reichspräsident in seinem Schreiben zum Ausdruck bringe, daß er keine Bestrafung wünsche und nicht sage, daß er mit dem Urteil der Vorinstanz einverstanden sei.

Löbe über die deutsch-polnischen Beziehungen

WTB. **Warschau**, 14. Aug. (Tel.) Das Krakauer Blatt „Nowy Dziennik" veröffentlicht ein Interview mit dem Reichstagspräsidenten **Löbe** über außenpolitische Fragen. Löbe erklärt, daß Deutschland nicht nur gegenüber Frankreich, sondern auch gegenüber Polen zu einer **friedlichen Politik** gezwungen sei. Sowohl in Deutschland als auch in Polen sei die nationalistische Agitation noch sehr stark, weshalb die Zeit zu einer sachlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Völkern noch nicht gekommen sei. Vor allem müsse jetzt die **wirtschaftliche Annäherung** angestrebt weren, denn dort, wo wirtschaftliche Lebensnotwendigkeiten bestimmend auftauchten, kühlten sich die politischen Leidenschaften langsam ab. Deshalb müsse der deutsch-polnische **Handelsvertrag** gegenwärtig als die einzig mögliche Brücke für eine deutsch-polnische Verständigung angesehen werden.

Die preußische Regierung und die Amnestie. Rechtsanwalt Prof. Dr. **Grimm** (Essen) hatte sich für den Ausschuß zur Herbeiführung einer Amnestie aus Anlaß der Rheinlandräumung an den preußischen Ministerpräsidenten Braun in einem Schreiben gewandt. Die **Antwort Brauns** auf diesen Brief lautet: „Die preußische Staatsregierung hat von einer Amnestie oder ähnlichen Maßnahmen zugunsten der sog. Fememörder **Abstand genommen.** An diesem grundsätzlichen Standpunkt muß die preußische Staatsregierung unbeschadet etwaiger festlicher Ereignisse auch festhalten."

Die öffentliche Fürsorge im Deutschen Reich

Die öffentliche Fürsorge im Deutschen Reich erfordert infolge der ungünstigen Wirtschaftslage und der dadurch bedingten wachsenden Arbeitslosigkeit von Jahr zu Jahr größere Aufwendungen. Die vom Statistischen Reichsamt in „Wirtschaft und Statistik" (10. Jahrg. Nr. 13) unlängst veröffentlichten Ergebnisse der Reichsfürsorgestatistik für das Rechnungsjahr 1928/29 reden eine sehr ernste Sprache und verdienen weitgehendste Beachtung.

Die Darstellung behandelt den Personenkreis der unterstützten Hilfsbedürftigen, die Leistungen der Bezirks- und der Landesfürsorgeverbände sowie die Gesamtausgaben und Einnahmen (öffentliche Fürsorgelast). Die Zahl der laufend in offener Fürsorge von den Bezirksfürsorgeverbänden unterstützten Parteien betrug im Rechnungsjahr 1928/29 2,49 Millionen. Darunter waren 88 706 (3,56 v. H.) Parteien von Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen u. Gleichgestellten, 720 181 (28,92 v. H.) Parteien von Sozialrentnern, 385 769 (15,49 v. H.) von Kleinrentnern und Gleichgestellten und 1 295 888 (52,03 v. H.) von sonstigen Hilfsbedürftigen. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der laufend offen unterstützten Parteien um über 120 000 gestiegen.

Die Mehrzahl der laufend unterstützten Parteien entfällt naturgemäß auf die **städtischen** Fürsorgeverbände. Die Bevölkerung der Städte wird durch Arbeitslosigkeit und sonstige Ursachen verhältnismäßig rascher hilfsbedürftig als die Bevölkerung auf dem Lande. Während auf dem Lande bei Arbeitslosigkeit oder sonstiger Notlage noch vielfach die Möglichkeit besteht, sich ohne Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorge durchzuhelfen, ist dies in den Städten meist nur in sehr beschränktem Umfange möglich. Deshalb ist die Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorge in den Städten eine verhältnismäßig viel häufigere und weitgehendere als auf dem Lande. Der Einwohnerzahl nach macht die Bevölkerung der ländlichen Fürsorgeverbände rd. 60 v. H. der Gesamtbevölkerung aus, die der städtischen rd. 40 v. H. In den städtischen Fürsorgeverbänden sind jedoch im Laufe des Rechnungsjahres 1928/29 rd. 1,48 Mill. (von insgesamt 2,49 Mill.) oder rd. 59,4 v. H. aller laufend unterstützten Parteien gezählt worden. Vielfach konnte der Hilfsbedürftigkeit bereits durch einmalige Zahlungen oder Unterstützungen abgeholfen werden. Dies geschah im Berichtsjahr in 15,8 Mill. Fällen.

In Einrichtungen der **geschlossenen Fürsorge** und in **Familien** wurden vorübergehend 960 096 (im Vorjahr 846 741) und dauernd 351 235 (342 086) Personen untergebracht. Die Zunahme bei der vorübergehenden Unterbringung beträgt rd. 113 000 Personen und erklärt sich hauptsächlich aus der genaueren Ausgliederung in den Erhebungsblättern. Die Vermehrung bei der dauernden Unterbringung um 9149 ist in der Hauptsache auf die Unterbringung der Minderjährigen in Familien zurückzuführen (Zunahme von 83 281 auf 103 562).

Unter den einzelnen **Fürsorgegruppen** der laufend unterstützten Hilfsbedürftigen spielen nach wie vor die Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen usw. eine verhältnismäßig geringe Rolle, da sie in der Hauptsache Versorgungsbezüge auf Grund anderer gesetzlicher Regelung erhalten. Die Zahl der am 31. März 1929 laufend unterstützten Parteien betrug bei den Kriegsbeschädigten usw. 71 968 gegenüber 85 834 im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Die Zahl der laufend unterstützten Sozialrentner ist dagegen von 604 213 auf 627 338 und die der Kleinrentner usw. von 335 021 auf 339 238 gestiegen. Die „sonstigen" Hilfsbedürftigen weisen eine Zunahme auf von 664 155 auf 743 267. Die Hauptmasse der neu in Fürsorge gekommenen Hilfsbedürftigen (rd. 70 000 im Reichsgebiet ohne den Freistaat Sachsen) entfällt auf diese Gruppe von Fürsorgeempfängern, die zum großen Teil wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse (Rückgang der Konjunktur, Aussperrungen, Streiks usw.) von der öffentlichen Fürsorge unterstützt werden mußten (Wohlfahrtserwerbslose, Arbeitslose mit Zusatzunterstützung usw.).

Bezieht man die Zahl der laufend unterstützten Parteien auf die **Einwohnerzahl** nach der Zählung von 1925 unter Berücksichtigung des Gebietsstandes vom 31. Dezember 1928, so wurden im Reich von den Bezirksfürsorgeverbänden am 31. März 1929 im Durchschnitt auf 1000 Einwohner 28,55 (in Baden 24,46) Parteien laufend in bar oder

mit Sachleistungen unterstützt. Bei den städtischen Fürsorgeverbänden erhöht sich diese Zahl auf 37,73, bei den ländlichen Bezirksfürsorgeverbänden beträgt sie dagegen nur 22,40. In den einzelnen Ländern und Landesteilen weichen die Angaben ebenfalls stark voneinander ab. Weit unter dem Reichsdurchschnitt bleiben die entsprechenden Zahlen für Hohenzollern (15,65), Württemberg (17,07), Oldenburg (20,43), Bayern (20,85), Baden (24,46) usw., während den Reichsdurchschnitt erheblich übersteigen u. a. der Freistaat Sachsen (33,74), Niederschlesien (36,48), Schleswig-Holstein (37,15) und die Stadt Berlin mit 45,64.

Um für einen bestimmten Stichtag einen annähernden Überblick über die Gesamtzahl der unterstützten hilfsbedürftigen **Personen** zu erhalten, wurden ergänzungsweise für den 31. März 1929 neben der Zahl der laufend unterstützten Parteien auch die mitunterstützten Personen erfragt. Nach diesen Feststellungen entfallen auf eine laufend unterstützte Partei im Durchschnitt 1,6 (in Baden 1,8) unterstützte Personen. Diese Ziffer ist von Gruppe zu Gruppe verschieden, sie beträgt für Kriegsbeschädigte usw. 1,9, für die Sozialrentner 1,4, für die Kleinrentner 1,2 und für die sonstigen Hilfsbedürftigen 1,9. In rd. 1,78 Mill. Parteien wurden am 31. März 1929 etwa 2,88 Mill. Personen oder auf 1000 Einwohner rd. 45,4 Personen aus öffentlichen Mitteln laufend unterstützt; je 22 Einwohner haben also im Durchschnitt für einen Hilfsbedürftigen mit aufzukommen.

In der Erhebung von 1928 wurde die Zahl der unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen und der Arbeitslosen mit Zusatzunterstützung mit erfragt. Das Statistische Reichsamt berechnet den Aufwand aus öffentlichen Fürsorgemitteln für diese beiden Gruppen auf mindestens 150 Mill. Reichsmark; diese Summe dürfte sich im laufenden Rechnungsjahr mehr als verdoppelt haben.

In **Baden** wurden von 56 Fürsorgeverbänden im Rechnungsjahr 1928/29 80 678 (im Vorjahr 78 137) Parteien laufend offen unterstützt. Von den am 31. März 1929 unterstützten Parteien (56 558) waren 3199 Kriegsbeschädigte, Kriegerhinterbliebene und Gleichgestellte, 17 377 Sozialrentner, 10 443 Kleinrentner und Gleichgestellte und 25 539 sonstige Hilfsbedürftige. Auf 1000 Einwohner entfielen 24,46 unterstützte Parteien gegenüber 17,67 in Württemberg und 20,55 in Bayern. In Einrichtungen der geschlossenen Fürsorge und in Familien waren im Berichtsjahr vorübergehend 37 022 und dauernd 20 714 Personen untergebracht.

Von den **Landesfürsorgeverbänden** wurden 477 949 Personen, d. s. rd. 27 000 Personen mehr als im Vorjahr, betreut, welche sich auf folgende Gruppen verteilen:

	1928/29	1927/28
	Personen	
Geisteskranke (Geistesschwache, Idioten), Epileptiker	132 906	126 277
Taubstumme	7 441	3 722
Blinde	3 357	3 391
Krüppel	23 752	20 381
Sonstige Gebrechliche oder Kranke	9 005	7 206
Sonstige Hilfsbedürftige	301 488	289 827

Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um rd. 27 000 beruht zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auf Gründen statistisch technischer Art, insofern als im zweiten Erhebungsjahr die Erfassung eine vollständigere und die Ausgliederung im einzelnen eine genauere war. Von diesen Hilfsbedürftigen wurden dauernd in geschlossener Fürsorge 125 733, vorübergehend 325 662 Personen betreut. Die Zahl der dauernd in geschlossener Fürsorge untergebrachten Erwachsenen ist von 98 957 auf 105 083 gestiegen, der Minderjährigen von 18 773 auf 20 650. Bei den vorübergehend Untergebrachten stieg die Zahl von 250 547 auf 252 871, die Zahl der Minderjährigen von 60 817 auf 72 791. Verhältnismäßig groß ist die Zahl der dauernd untergebrachten Personen bei den Geisteskranken (112 163).

In **Baden** wurden vom Landesfürsorgeverband im Berichtsjahr insgesamt 5123 Personen betreut: 4627 Erwachsene und 496 Minderjährige. Die Verteilung der Hilfsbedürftigen auf die einzelnen Gruppen gestaltet sich folgendermaßen: Geisteskranke (Geistesschwache usw.), Epileptiker 532, Taubstumme 13, Blinde 10, Krüppel 24, sonstige Gebrechliche oder Kranke 2049 und sonstige Hilfsbedürftige 2495.

Die **gesamte Fürsorgelast** betrug im Deutschen Reich im Rechnungsjahr 1928/29 rd. 1483 Mill. Reichsmark, d. s. 226 Mill. Reichsmark mehr als im Vorjahr. Von dieser gesamten Fürsorgelast sind nur rd. 26,1 Mill. Reichsmark durch besondere Einnahmen der Fürsorgeverbände selbst aus Spenden, Zinsen, sonstigen Einnahmen aus Wohlfahrtsvermögen oder aus anderen Quellen (Zahlungen der Hilfsbedürftigen selbst für Speisungen, sonstige Sachleistungen usw.) gedeckt. Die ungedeckte Fürsorgelast im Reich belief sich demnach auf rd. 1.457 Milliarden Reichsmark oder auf den Kopf der Bevölkerung auf 22,33 *RM*.

In **Baden** stellte sich der Zuschußbedarf (Ausgaben nach Abzug der Einnahmen) der Fürsorgeverbände einschließlich Jugendhilfe im Berichtsjahr auf 34,518 Mill. Reichsmark. Hierzu kommen 9,940 Mill. Reichsmark des Landesfürsorgeverbandes, so daß sich ein Gesamtzuschußbedarf von rd. 44,5 Mill. Reichsmark ergibt. Der Zuschußbedarf ist in Baden entsprechend der größeren Zahl von Arbeitslosen bedeutend höher als in Württemberg, wo er nur rd. 27 Mill. Reichsmark beträgt.

Dr. Ehrler, Freiburg.

Sommeroperette im Karlsruher Konzerthaus

Direktor Hans **Norden** ist es gelungen, **Vera Schwarz**, die bedeutende deutsche Sängerin, zu einem dreitägigen Gastspiel an die hiesige Sommeroperette zu gewinnen. Sie stellte sich Mittwoch abend dem ihr ja schon von früher her bekannten Karlsruher Publikum in der Rolle der „Lisa" im **„Land des Lächelns"** vor. Diese Rolle hat Lehár sozusagen eigens für Vera Schwarz — die Partnerin Richard Taubers — geschrieben. Was Vera Schwarz als Schauspielerin und besonders als Sängerin leistet, ist phänomenal. Ihre herrliche, großartige Stimme kennt keine Schwierigkeiten, und ihr persönlicher Scharm reißt unwillkürlich mit fort. Das Publikum, das — ganz besonders nach dem 2. Akt — ganz begeisterten, nicht endenwollenden Beifall spendete, verlangte immer und immer Wiederholungen, die auch gewährt wurden. Die Rolle des Prinzen Son-Chong hatte diesmal F. Zwonik übernommen und ganz prächtig durchgeführt. Die übrigen Rollen waren in der bisherigen Besetzung. Ihnen auch nochmals ein Gesamtlob, ebenso Dr. Grün mit seinem Orchester.

Am Schlusse gab es viele Blumen und nicht endenwollendes Hervorrufen.

Nr.

Die Wahlreform

Unzutreffende Nachrichten

Mitteilungen eines Berliner Blattes, daß Reichsinnenminister Dr. **Wirth** eine Wahlreform unter Heraufsetzung des Wahlalters plane, sind — wie aus Berlin gemeldet wird — unzutreffend. Sämtliche Arbeiten des Reichsministeriums des Innern in den letzten Jahren zur Wahlreform bewegen sich ausschließlich im Rahmen der Reichsverfassung (Art. 22).

*

Die Zentrumspartei in Westfalen-Nord nahm nach einer Meldung der „Berl. Börsenztg." folgenden Antrag Dr. Strickers (Münster) an: Sämtliche Kandidaten werden nur unter der Voraussetzung aufgestellt, daß sie zusichern, mit größter Aktivität für **eine Wahlreform** einzutreten, die eine enge persönliche Verbindung von Abgeordneten und Wählern sichern soll und den Wert der Persönlichkeit mehr zur Geltung kommen läßt. Prälat Dr. Schreiber erklärte hierzu, daß Reichskanzler Dr. Brüning entschlossen sei, eine Wahlreform durchzuführen. Reichsinnenminister Dr. Wirth sei beauftragt, einen entsprechenden Entwurf möglichst bald dem Reichstag vorzulegen.

In einer Kleinen Anfrage der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei war im Preußischen Landtag unter Hinweis auf die Verminderung der Zahl der Abgeordneten in Braunschweig, Thüringen und Mecklenburg-Schwerin gefragt worden, ob das Staatsministerium bereit sei, für **Preußen** ein neues Wahlgesetz vorzulegen. Wie der Amtl. Preußische Pressedienst mitteilt, hat der preußische Innenminister geantwortet, daß die Fragen der Wahlreform für Preußen zurückgestellt werden müssen, bis über eine Reform des Wahlrechts im Reiche entschieden ist.

Das Flugbootunglück bei Bornholm vor dem Seeamt

Vor dem **Stettiner** Seeamt fand Mittwoch nachmittag die Verhandlung über das Flugbootunglück statt, das sich am 7. Juli auf der Ostsee, 18 Meilen von Bornholm, ereignete. Bei dem Unglück fanden, wie gemeldet, fünf Personen den Tod. Dagegen konnten sich ein Passagier und zwei Mann der Besatzung, darunter der Kapitän des Flugzeuges, Kuring, retten. Nach dreistündiger Beratung hat das Seeamt folgendes Urteil verkündet:

Der Unfall ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß das Flugboot infolge eines **Materialfehlers und Propellerbruchs** zur Landung auf See gezwungen war. Das Kentern des Flugzeuges nach längerem Schleppen ist durch Unterschneiden der Steuerbordfläche im Seegang herbeigeführt worden. Die Leitung des Flugbootes trifft keine Schuld. Die eingeleiteten Rettungsmaßnahmen waren zweckentsprechend. Die Hilfeleistung des Seglers „Maja" ist besonders anzuerkennen. Eine Belohnung der Besatzung des Motorseglers durch das Reich wird für angemessen erachtet. Die Ausrüstung des Flugzeuges hinsichtlich der Rettungsmöglichkeit war nicht ausreichend.

Kleine Chronik

Von den bei dem Grubenunglück im **Clarenthal** (Saargebiet) verletzten 18 Personen sind wiederum zwei gestorben, so daß sich die Zahl der **Todesopfer** auf acht erhöht.

Bei einer Bootsfahrt auf der Pleiße bei **Leipzig** ist der Generaldirektor **Krotoschin** der Wezel und Naumann AG., Leipzig, **tödlich verunglückt.** Sein Boot kippte um. Die Leiche konnte geborgen werden. Generaldirektor Krotoschin galt als eine hervorragende Persönlichkeit im graphischen Gewerbe.

Der **Essener** Rechtsanwalt und Notar Dr. **Antrop** ist auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft **verhaftet** worden. Es werden ihm Unterschlagungen und betrügerische Manipulationen zur Last gelegt, die 1½ Millionen *RM* betragen sollen.

Der Inhaber und der Prokurist der alteingesessenen **Lübecker** Eisenhandlung **Kahl & Sohn** wurden überraschend festgenommen, da gegen sie der Verdacht besteht, daß sie durch umfangreiche Wechselfälschungen ihre Kunden um große Beträge geprellt haben.

Vier Kinder, die beim Brombeersuchen bei **Holzwickede** (Westfalen) von einem Unwetter überrascht wurden, flüchteten in einen Steinbruch und stellten sich unter einen Baum. Der Blitz schlug in den Baum. **Drei Kinder** wurden auf der Stelle **getötet**, das vierte betäubt.

An den Folgen der **Calmette-Fütterung** ist in **Lübeck** wieder ein Säugling gestorben. Die Zahl der Opfer hat sich damit auf **65** erhöht.

In verschiedenen Orten des **Samlandes** (Ostpreußen) sind in den letzten zehn Tagen eine Anzahl **Typhuserkrankungen** vorgekommen. Nach dem 2. August sind sieben Kranke aus Laptau, vier aus Powunden und ein Kranker aus Ransen dem „Krankenhaus der Barmherzigkeit" zu Königsberg zugeführt worden. Ein 17jähriges Mädchen ist gestorben.

Ein französisches Militärflugzeug ist Mittwoch nachmittag bei **Sarb-sur-Ried** in Lothringen brennend abgestürzt. Die beiden Insassen kamen ums Leben.

Ein **schweres Unwetter** entlud sich, wie aus **Neapel** gemeldet wird, während der Markt abgehalten wurde, über **Poggio Reale** und zerstörte mehrere Depots. Nach ersten Informationen sollen **Tote** und Verletzte zu beklagen sein.

Nach einer Meldung der „Agenzia Steffani" stellte sich heraus, daß die **Zahl der Todesopfer der italienischen Erdbebenkatastrophe** merklich geringer ist, als sie in den letzten amtlichen Angaben genannt war. Viele Personen nämlich, die für tot galten, hatten sich nur aus ihren Heimatorten entfernt und aufs offene Land geflüchtet.

Zur Wahlbewegung

Volkspartei, Wirtschaftspartei und Konservative

M. **Berlin**, 14. Aug. (Priv.-Tel.) Zu Meldungen über Verhandlungen zwischen der **Wirtschaftspartei** und den **Konservativen**, die gestern stattgefunden haben, erfahren wir, daß Dr. **Scholz**, der Führer der Volkspartei, zwar eingeladen war, aber nicht kommen konnte. **Sachsenberg** für die Wirtschaftspartei und **Treviranus** für die Konservativen wollen diese Besprechungen heute fortsetzen, wozu man auch die Volkspartei hinzuziehen will. **Es handelt sich um eine gemeinsame Kundgebung** der politischen Ziele, Abschluß eines **Burgfriedens** für den Wahlkampf und Vereinbarungen über gemeinsame **fraktionelle Arbeit.** Es ist aber nicht anzunehmen, daß Dr. Scholz darauf eingehen wird, da große Kreise der **Deutschen Volkspartei** bereits **gegen eine Rechtsschwenkung Widerstand** leisten. Lediglich eine gemeinsame Kundgebung stehe zu erwarten.

*

Der Vorsitzende der Deutschen Wirtschaftspartei, Reichstagsabg. **Drewitz**, sprach in Essen über die Lage u. die Politik der Wirtschaftspartei. Er betonte, daß das von der Regierung Brüning aufgestellte Deckungsprogramm ein anderes Gesicht habe, als die bisherigen; denn endlich einmal seien nicht alle neuen Lasten dem Mittelstand aufgebürdet worden. Der Redner befaßte sich weiter mit Hugenberg, dessen Politik er als widerspruchsvoll bezeichnete. Er erklärte zum Schluß, die Wirtschaftspartei werde **selbständig** in den Wahlkampf ziehen, da sie den Kampf nicht im geringsten zu scheuen brauche.

Dr. Höpker-Aschoff über staatsbürgerliche Sammlung

Minister Dr. **Höpker-Aschoff**, einer der Führer der Deutschen Staatspartei, nimmt in der „Köln. Ztg." in einem Aufsatz **„Das freie Bürgertum"** erneut das Wort, um sich mit dem Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. **Scholz**, über den Gedanken der Sammlung des Staatsbürgertums auseinanderzusetzen. Dr. Höpker-Aschoff führt u. a. aus:

„Dr. Scholz will eine große Sammlung für den bevorstehenden Wahlkampf und glaubt, durch solche Sammlung der Sozialdemokratie erfolgreich entgegentreten zu können. Ich will die große Partei des freien Bürgertums, die sich neben der Sozialdemokratie, dem Zentrum und der Rechten machtvoll behaupten kann. Dabei ist es zunächst vollkommen gleichgültig, mit wem diese Partei später einmal Regierungskoalition bilden wird. Die Selbstbehauptung der neuen Partei ist Kampf innerhalb und außerhalb einer Koalition. Eine solche Partei muß mit den anderen Parteien und nicht allein mit der Sozialdemokratie kämpfen, einerlei, ob sie mit ihnen in einer Koalition sitzt oder in der Opposition gegen sie steht. Denn auch Arbeitsgemeinschaft in einer Koalition ist Ringen um die politische Macht — nur mit dem Willen um Verständigung und in dem Gefühl der Verantwortung für die Führung der Staatsgeschäfte."

Dr. Höpker-Aschoff betont weiter: Es ist immer derselbe Gegensatz: Herr Dr. Scholz will Sammlung, ich will die große Partei des freien Bürgertums, und ich halte es für unmöglich, in diese Partei Kräfte einzubeziehen, die dem freien Bürgertum wesensfremd sind; die Stoßkraft der Partei würde durch solche Verschmelzung gebrochen werden. Die neue Partei soll die Partei des freien Bürgertums sein und ihm wieder Macht geben, und wird darum auch mit der Sozialdemokratie zu kämpfen haben. Ich betrachte die Sozialdemokratie — so verfehlt ihr Wirtschaftsprogramm ist — als eine staatsbejahende Partei, ebenso wie das Zentrum und die kommende Rechte, und will nur, daß sich das freie Bürgertum neben der einen wie den anderen behaupte.

Schwere politische Ausschreitungen in Nürnberg

Mittwoch abend fand in **Nürnberg** eine von den **Kommunisten** nach dem Herkulesvelodrom einberufene öffentliche Versammlung statt, zu der die Nationalsozialisten sich zahlreich eingefunden hatten. Vor den Kommunisten sprach **Remmele**. Als er den nationalsozialistischen Führern vorwarf, daß sie zu hohe Gehälter in ihre Taschen fließen ließen, entstand schließlich eine **schwere Schlägerei.** Nach einer Version soll vom Podium aus mit Biergläsern nach den nationalsozialistischen Führern zuerst geworfen worden sen. Im Saale blieb nichts ganz. Die Polizei griff mit dem Gummiknüppel ein, unterstützt von der Feuerwehr, welche die Kämpfenden mit kräftigen Wasserstrahlen trennten. Die Schlägereien setzten sich noch längere Zeit auf der Straße fort. Etwa 65 bis 70 Personen wurden verletzt. Insgesamt sind 14 Personen ins Krankenhaus eingeliefert worden. Unter ihnen befinden sich drei Schwerverletzte. Lebensgefahr soll aber bei keinem bestehen. Wie verlautet, befinden sich unter den Verletzten auch die nationalsozialistischen Führer Streicher, Holz und Lieberl.

*

CNB. **Lüneburg**, 14. Aug. (Priv.-Tel.) In einer nationalsozialistischen Versammlung im Bahnhofsviertel kam es gestern abend zu einer **Schlägerei** zwischen **Kommunisten und Nationalsozialisten**, bei der mehrere Personen erheblich verletzt wurden. Ein starkes Polizeiaufgebot stellte die Ordnung mit Hilfe des Gummiknüppels wieder her.

Austritt aus der deutschnationalen Partei

Der Bruder des verstorbenen deutschnationalen Führers Dr. Karl **Helfferich** in Neustadt a. H., August **Helfferich**, ist der „Börsenztg." zufolge aus der Deutschnationalen Partei ausgetreten und zur **Staatspartei** übergetreten. August **Helfferich** ist in den Aktionsausschuß der Deutschen Staatspartei in Neustadt a. H. gewählt worden.

Kandidaturen

Der „Jungdeutsche" bestätigt eine Meldung des „Vorwärts", wonach der Aktionsausschuß der Deutschen Staatspartei für den Wahlkreis I (Potsdam) beschlossen hat, den bisherigen Abg. **Bernhard** von der Liste zu streichen und durch den kürzlich aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetretenen bisherigen christlichen Gewerkschaftler **Arthur Adolf** zu ersetzen.

In einer Versammlung der Wahlkreisvertreter der **Zentrumspartei** von **Westfalen-Nord**, wurden als Spitzenkandidaten aufgestellt: 1. Dr. **Herold**, 2. Dr. **Stegerwald**, 3. Prälat Dr. **Schreiber**.

Der bisherige Spitzenkandidat der **Sozialdemokraten** für den Reichstag im Wahlkreise Düsseldorf-West, Ministerpräsident Otto **Braun**, hat diesmal davon abgesehen, sich noch einmal für den Bezirk aufstellen zu lassen, da er schon früher immer gleichzeitig in **Königsberg** kandidiert hat und es ihm nicht mehr möglich ist, auf die Dauer zwei so voneinander getrennte Wahlkreise im Parlament zu vertreten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aus den Ländern

Um die bayerische Schlachtsteuer

Der Ältestenrat des Bayerischen Landtags hat zur Beratung der Anträge der Sozialdemokratie und des Bauernbundes, die **Schlachtsteuernotverordnung** wieder aufzuheben, das Plenum für Dienstag, den 19. August, einberufen. Da für diese Anträge eine Mehrheit im Plenum sicher ist, so wäre eine Ausschußberatung nicht nötig. Der Bauernbundantrag enthält aber auch die Forderung, 25 Proz. der den Beamten durch das Besoldungsgesetz vom 20. April 1928 gewährten Gehaltserhöhungen zu kürzen und die Ministerialzulagen zu beseitigen, und für diese Forderung ist eine Ausschußberatung notwendig.

Das **Inkrafttreten** der Schlachtsteuer, die nach der Notverordnung vom 1. August bereits vom 15. August an erhoben werden sollte, ist durch eine neue Verordnung des Gesamtministeriums auf den 22. August **verschoben** worden.

Neuregelung der preußischen Diözesen

Vor einem Jahre fand im preußischen Staatsministerium der Austausch der Ratifikationsurkunden des Vertrages zwischen dem preußischen Staate und dem Hl. Stuhl statt. Heute, am Jahrestage dieses historischen Ereignisses, ist, wie die „Germania" berichtet, in Rom die **apostolische Bulle**, durch die die preußischen Diözesen dem Konkordat gemäß neu geregelt werden, unterzeichnet und verkündet worden.

Die Hauptbedeutung dieser Bulle liegt, wie das Blatt erklärt, darin, daß den Bestimmungen des Konkordats bezüglich der **Errichtung neuer Diözesen**, der Erhebung einzelner Diözesen zu Erzbistümern und der Schaffung neuer Domkapitel kirchliche Rechtskraft verliehen wird. Mit dem Erscheinen der Bulle sind die neuen Diözesen **Berlin** und **Aachen**, sowie die Prälatur **Schneidemühl** rechtskräftig errichtet worden. Ferner haben die Diözesen **Breslau** und **Paderborn** den Charakter als Erzdiözesen und der Kardinalbischof Dr. **Bertram (Breslau)** und der Bischof Dr. **Klein** (Paderborn) den Titel Erzbischof erhalten. Damit ist die Neuordnung der preußischen Kirchenprovinzen, wie sie in dem Konkordat zwischen dem hl. Stuhl und dem preußischen Staate vorgesehen war, in Kraft gesetzt worden. Der Staat Preußen umfaßt jetzt **3 Erzbistümer, 9 Bistümer und eine Prälatur.** Er ist verteilt auf die Kirchenprovinzen Köln, Breslau und Paderborn.

Kurze Nachrichten

Neue Unterredung Hösch-Briand. Der deutsche Botschafter in Paris, von Hoesch, hatte am Mittwoch wieder eine Unterredung mit Briand, in der der Meinungsaustausch über verschiedene, mit der bevorstehenden Tagung des Völkerbundes in Zusammenhang stehende Fragen fortgesetzt wurde.

Die Reichsbahnschatzanweisungen überzeichnet. Der aufgelegte Betrag von 75 Millionen 6prozentiger Reichsbahnschatzanweisungen ist um 35 Millionen Reichsmark überzeichnet worden Es muß deshalb eine Kürzung der gezeichneten Beträge stattfinden.

Verluste der Leipziger Stadtbank. Der Leipziger Oberbürgermeister Dr. **Goerdeler** beschäftigte sich in einer Besprechung mit Pressevertretern mit einer Pressemeldung, wonach eine Berliner Treuhandgesellschaft, die in den letzten Tagen die Kredite der Leipziger Stadtbank nachgeprüft habe, feststellte, daß **mindestens 15 Millionen Reichsmark wahrscheinlich verloren** seien. Der Oberbürgermeister teilte hierzu mit, die Stadt Leipzig hoffe, daß sich im Laufe der Zeit ein Teil des Geldes wieder beschaffen lassen werde.

König Faisal von Irak hat an den Reichspräsidenten ein Telegramm gerichtet, in dem er seinen Dank für die liebenswürdige Aufnahme und großzügige Gastfreundschaft ausspricht, die er während seines Aufenthaltes in Berlin gefunden hat.

Estländisch-sowjetrussischer Grenzzwischenfall. Ein sowjetrussisches Flugzeug erschien Dienstag nachmittag über estländischem Gebiet in der Nähe der Narwamündung. Ein estländisches Küstenwachschiff eröffnete das Feuer gegen das Flugzeug, das das Feuer erwiderte. Nach einer kurzen Beschießung kehrte das Flugzeug nach der Grenze zurück. Wahrscheinlich ist es getroffen worden. Wie verlautet, hat der estländische Minister des Auswärtigen bei der sowjetrussischen Gesandtschaft gegen die wiederholten Grenzverletzungen durch sowjetrussische Flugzeuge energisch protestiert.

Die Unruhen in Brasilien. Die Regierungstruppen haben **Princesa**, das Zentrum der brasilianischen Aufstandsbewegung im Staat Parahyba, eingenommen.

Die französischen Finanzen

Der französische Budgetminister Germain **Martin** äußerte sich zu einem Mitarbeiter des „Intransigeant" über die finanzielle und budgetäre Lage Frankreichs und erklärte, daß eine Stabilisierung der Ausgaben notwendig sei. Der Minister äußerte sich weiter über die **prozentuale Verteilung der Ausgaben** des Etats und gab dafür folgende Zahlen an: 49 Prozent für öffentliche Schuld und Kriegsopferfürsorge, 10 Prozent für soziale Aufwendungen, 25 Prozent für Sicherheitsausgaben, d. h. für nationale Verteidigung, 4 Prozent für Förderung der Nationalwirtschaft, 11,8 Prozent Aufwand für den Verwaltungsapparat und 9,2 Prozent Aufwand für den Regierungsapparat.

R 100 fliegt nach England zurück

WTB. **Montreal**, 13. Aug. (Tel.) Das Luftschiff „R 100" ist um 9.28 Uhr abends (Sommerzeit) auf dem Montrealer Flugplatz St. Hubert zum Rückflug nach England gestartet.

Der Kampf zwischen persischen Grenzwachen und Kurden

WTB. **London**, 14. Aug. (Tel.) Über einen Kampf zwischen **persischen Grenzwachen** und **Kurden** gibt ein ausführliches Reutertelegramm aus **Teheran** folgende Darstellung:

Die persischen Behörden trafen Maßnahmen, um den Jalali-Stamm an dem persisch-türkischen Grenzgebiet zu entfernen und ihm dadurch den Verkehr mit den aufständischen Kurden auf dem Araratgebirge unmöglich zu machen. Die Jalalis wünschen, die Kurden, die von den Türken hart bedrängt werden, zu unterstützen. Ein Führer der aufständischen Kurden, Kbal od Agha, der sich auf persischem Gebiet befindet, traf kürzlich Vorbereitungen, um sich insgeheim über die Grenze zu begeben. 100 kurdische Aufständische von Ararat überschritten die Grenze, um ihn abzuholen, sie wurden aber von den persischen Grenzwachen verfolgt, und es kam zu einem **Kampf**, bei dem zwei kurdische Häuptlinge den Tod fanden, während auf persischer Seite ein Offizier und 21 Soldaten getötet und 11 verwundet wurden.

In maßgebenden Teheraner Kreisen wird die Meldung, daß eine **türkische Note** mit dem Vorschlag einer **Zusammenarbeit** der türkischen und der persischen Truppen in Teheran eingegangen sei, für unrichtig erklärt.

Badischer Teil

Die Wahlbewegung in Baden

Sozialdemokratische Versammlung in Karlsruhe

Die zweite große Wahlversammlung in der Karlsruher Festhalle veranstaltete am Mittwoch die **Sozialdemokratische Partei.** Auch in dieser überfüllten Versammlung wurden von radikaler Seite Störungsversuche unternommen, die aber mißglückten. Das Hauptreferat hatte der frühere thüringische Unterrichtsminister **Greil.**

Er wendete sich unter Schilderung der **thüringischen Verhältnisse** vor allem gegen die **Nationalsozialisten.** Die Nationalsozialisten wollen nichts wissen von Völkerfrieden und Völkerverständigung. Für den 14. September laute die Parole: **Nie wieder Krieg!**

Zwei Probleme beschäftigen uns vorwiegend in Deutschland. Die **Massenarbeitslosigkeit** und die **Tributlasten.** Die Nationalsozialisten machen es sich leicht, sie sagen, die Sozialdemokratie ist an allem schuld. Nicht die Revolution ist an der Arbeitslosigkeit schuld, denn in Amerika und England haben wir die gleiche Arbeitslosigkeit. Technischer Fortschritt, Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise und die gegenseitige Konkurrenz der Länder der Welt, das seien die Ursachen der Massenarbeitslosigkeit. Auch wir sind nicht erfreut über die Tributlasten. Aber was wäre die Folge der Nichterfüllungspolitik gewesen? Neuer Krieg, neues Elend! Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder der Boden des Rechts oder die Gewaltpolitik. Wer sich auf den Boden der Gewaltpolitik stellt, braucht sich nicht zu wundern, wenn er seber ein Opfer der Gewaltpolitik wird.

Die Nationalsozialisten wollen Nationalisten und Sozialsten sein. Beides ist Phrase, Betrug, Schein! Vaterländisch ist, wenn jeder mithilft, jedem Deutschen ein auskömmliches Leben zu gewähren. Ebenso sei es auch mit dem Titel Arbeiterpartei, den sich diese Partei zulege. Kaum saßen die Nationalsozialisten in der Regierung, als sie schon neue Steuern für die Arbeiterschaft einführten. Thüringen war der erste Staat, der die Kopfsteuer einführte. Diese Kopfsteuer in Höhe von 6 *RM* müßten auch die Erwerbslosen zahlen. Wenn es lauter selbständig denkende Menschen gäbe, dann gäbe es keine Nationalsozialisten. (Stürmische Zustimmung). Wenn leere Köpfe steuerfrei blieben, dann brauchten die Nationalsozialisten keine Steuer zahlen. Nach ihrem Programm wollen die Nationalsozialisten alle Ausländer aus dem Lande vertrieben wissen! Da müßte ja Herr Hitler zuerst ausgewiesen werden. Die Schulgebete Fricks seien eine Verhöhnung des Gottesbegriffes, eine Verhöhnung des Christentums. Den Nationalsozialisten kommt es bloß auf Agitation, auf Reklame an. Auch der Nationalsozialismus wird überwunden werden. Die Wählermassen der Nationalsozialisten seien politisches Treibholz. Es werde den Nationalsozialisten nicht gelingen, den „Marxismus zu zerschmettern", das werde der 14. September beweisen.

Staatspartei und Volkspartei

Der Wahlverband **Württemberg** der Deutschen Volkspartei hielt in Stuttgart einen Vertretertag ab, der aus allen Teilen des Landes sehr stark besucht war. Der Vertretertag hatte die Aufgabe, über die mit der **Staatspartei** abzuschließenden **Wahlabkommen** für Württemberg und Baden zu entscheiden. Gegen eine kleine Minderheit wurde eine Entschließung angenommen, wonach die Vertreterversammlung der Deutschen Volkspartei Württembergs mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in Württemberg die Aufstellung einer **gemeinsamen** Liste mit der Deutschen Staatspartei für zweckmäßig hält und die Landesparteileitung beauftragt, die weiteren Verhandlungen über die Aufstellung der Listen in diesem Sinne zu führen.

Die Liste der **Deutschen Volkspartei** wird im Wahlkreis **Baden** von folgenden Kandidaten geführt: Reichsminister **Curtius**, Landtagsabg. Mattes, Gastwirt Knodel, Stadtrat Steinel. Diese Liste wird, wenn das Abkommen mit der Staatspartei definitiv wird, mit der Liste der Staatspartei kombiniert werden.

Der Badische Landbund für Schiele

Der geschäftsführende Vorstand des **Badischen Landbundes** hat zu den Reichstagswahlen eine **Entschließung** gefaßt, die den Beschluß des Reichslandbundes, bei den Reichstagswahlen für die bereits bestehende berufsständische Bauern- und Landvolkpartei einzutreten, begrüßt, weil dadurch angesichts der Zersplitterung der bürgerlichen politischen Parteien allein die Gewähr geboten werde, dem deutschen Landvolk den ihm zukommenden parlamentarischen Einfluß zu sichern und der Weg frei sei zur Sammlung des gesamten Landvolkes auf breitester Grundlage. Die Entschließung dankt weiter dem Reichsernährungsminister Dr. **Schiele** für die im Interesse der deutschen Landwirtschaft geleistete wertvolle Arbeit. Für das deutsche Bauerntum gehe es bei der bevorstehenden Wahl um die Fortsetzung des Rettungswerks für die deutsche Landwirtschaft, das unterbrochen worden sei durch die aus parteipolitischer Kurzsichtigkeit zum Schaden der Landwirtschaft herbeigeführte Auflösung des Reichstags. Der Freiheitskampf des deutschen Volkes setze einen gesunden Bauernstand voraus. Das Eintreten des Landbundes für eine gesunde Wirtschaftspolitik bedeute keine Interessenpolitik, sondern vaterländische Politik im wahrsten Sinne des Wortes.

Einheitliche Hegezeit für Wild

Die badische, bayerische und die württembergische Staatsregierung haben ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit erklärt, in Verhandlungen über eine einheitliche Regelung der Hegezeit für Wild sowie über die Ausübung der Jagd an Sonn- und Feiertagen einzutreten. Die Verhandlungen sollen demnächst aufgenommen werden.

Technische Verbesserungen der Rheintalbahnroute

Neben der stetigen Ausgestaltung des Fahrplans in den letzten Jahren hat die **Nordsüdlinie** über Baden auch in baulicher und betrieblicher Hinsicht wertvolle Verbesserungen erfahren. Der Unterbau, namentlich die Brücken, wurden wesentlich verstärkt. Diese umfangreichen Arbeiten, die unter Aufrechterhaltung des normalen Betriebes durchgeführt werden mußten, sind **nahezu vollendet**, so daß die für den Zugsverkehr früher hinderlichen Umbaustellen kaum noch in Erscheinung treten, auch ist damit gleichzeitig eine Beschleunigung des Schnellzugsverkehrs ermöglicht worden. Eine wertvolle Verbesserung bedeutet auch der Einbau von **30-Meter-Schienen**, die eine ruhigere Fahrt gewährleisten. In Verbindung mit den **neuen modernen Wagen** der Schnellzüge wird der gleitende und schwebende Gang sehr angenehm empfunden. Allerdings wirkt hierbei die gerade und ebene Linienführung der Rheintalstrecke wesentlich mit. Von Fernreisenden über weite Strecken werden diese Vorzüge ganz besonders geschätzt.

Erleichterungen des internation. Reiseverkehrs

Im Auslandsverkehr bereitet die Zollrevision des Gepäcks dem Reisenden stets eine gewisse Sorge. Während die Paßprüfung und die Revision des Handgepäcks bei durchgehenden Zügen im allgemeinen wieder wie in der Vorkriegszeit im Zuge stattfindet, muß der Reisende zur Zollrevision des größeren eingeschriebenen Gepäcks persönlich anwesend sein. Er muß mithin sein Abteil und sein Handgepäck verlassen, wobei die notwendige Beschränkung der Aufenthaltsdauer und der Andrang der zur Verzollung erscheinenden Reisenden vielfach eine Unruhe aufkommen lassen, rechtzeitig für die Weiterfahrt fertig zu werden. Der Vorteil der Fahrt in durchgehenden Wagenzügen wird hierdurch teilweise beeinträchtigt. Für den Schlafwagenreisenden wirkt sich die Zollrevision zur Nachtzeit besonders unangenehm aus.

Es ist noch nicht genügend bekannt, daß diese Schwierigkeiten an der Grenze im Verkehr mit dem Ausland in vielen Fällen durch die **Zollabfertigung des Gepäcks am Zielort** statt an der Grenze vermieden werden können. **Auf Antrag des Reisenden** wird nämlich das Gepäck zur Zollrevision an den Zielorten überwiesen, falls sich daselbst ein Zollamt befindet. Der entsprechende Antrag wird zweckmäßig schon bei der Abfertigung des Gepäcks auf dem Abgangsbahnhof gestellt. Auch ohne Antrag wird derartiges Gepäck nach einem Zielort mit Zollamt weitergeleitet, wenn der Reisende sich zur Zollrevision an der Grenze nicht gemeldet hat. In allen anderen Fällen wird das unverzollte Reisegepäck an der Grenze zurückgehalten, unter Benachrichtigung der Zielstation.

Für das **Grenzland Baden** mit seinem starken Auslandsverkehr kommt diesen Bestimmungen besondere Bedeutung zu. Im Verkehr vom Ausland nach Baden kann eingeschriebenes Reisegepäck mit Gepäckverzeichnis auf Antrag ohne Revision an der Grenze direkt nach folgenden Zielorten überwiesen werden: **Baden-Baden, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Lahr, Mannheim, Offenburg, Pforzheim.** Zollgepäck kann außerdem nach **allen deutschen Grenzbahnhöfen** mit Gepäckverzeichnis überwiesen werden (Konstanz usw.). Lediglich bei einigen internationalen Luxuszügen, so beim Rheingold-Expreß, wird die Zollrevision aller Gepäckstücke nicht auf der Grenzstation, sondern im Zug durch mitfahrende Zollbeamten vorgenommen. Es empfiehlt sich, auf die für den Reisenden wichtige Möglichkeit der nachträglichen Zollabfertigung am Zielort in allen Schriften und Reiseführern, die im Ausland zur Verbreitung kommen, hinzuweisen. Für den der fremden Sprachen nicht kundigen Reisenden kann die Zollrevision am Zielort mit Hilfe von sprachkundigem Hotelpersonal angenehmer und ohne die an den Grenzstationen übliche Hast und Unruhe vorgenommen werden.

Ähnliche Erleichterungen bestehen auch im Verkehr von Deutschland nach dem Ausland, so daß nach einer Reihe wichtiger Plätze des Auslandes auf Antrag Reisegepäck mit Zollbehandlung am Zielort abgefertigt werden kann.

Internationale Rennen in Baden-Baden

Ende August finden, wie alljährlich, die großen internationalen Pferderennen in **Iffezheim** statt. Immer noch und immer wieder bildet dieses sportliche Ereignis ersten Ranges den Hauptanziehungspunkt für die Elite der Gesellschaft und Sportwelt. Dieses Jahr sind die Preise wieder sehr splendid ausgestattet, es finden **an fünf Tagen 30 Rennen** mit insgesamt 300 000 *RM* an Preisen statt. Das bekannteste und auch bestdotierte Rennen dieser internationalen Woche ist der **„Große Preis von Baden"** mit einem Geldpreis von 54 000 Reichsmark. Wie alljährlich in der 70jährigen Tradition der Baden-Badener Rennen ist auch diesmal die Besetzung, namentlich vom Ausland her und insbesondere durch Frankreich, glänzend. Im „Großen Preis" werden z. B. neben 15 deutschen u. a. allein 15 der besten französischen ins Feld gehen. Das ebenfalls berühmte „Zukunftsrennen" verzeichnet sogar 30 deutsche und 18 französische Pferdevoranmeldungen, bei einem Preis von 29 000 *RM*. Aber auch alle anderen Rennen haben außerordentlich große Nennungen erfahren, und man wird in dieser „Großen Woche" eine hervorragende Elite der europäischen Ställe von Rang im Wettbewerb sehen. Wir nennen z. B. nur den österreichischen Derby-Sieger „Phönix" und den deutschen Derby-Sieger „Alba", neben anderen bekannten Siegern wie Ladro, Isolani usw. Nach allen Anzeichen versprechen die diesjährigen internationalen Rennen in Baden-Baden wiederum ein sportliches Ereignis von größtem internationalem Ausmaß und glänzendster Besetzung zu werden.

Die beiden amerikanischen Flieger Dale **Jackson** und Forest **O'Brien** haben am Mittwochnachmittag den kürzlich von den Brüdern Bunter aufgestellten Rekord von 554 Stunden ununterbrochenen **Dauerfluges** gebrochen. Die beiden Flieger setzen ihren Flug fort.

Der amerikanische Flieger, Hauptmann **Hanks**, hat den Rekord des Oberst Lindbergh für die **Überquerung des amerikanischen Kontinents** von Westen nach Osten um 2 Stunden 20 Minuten unterboten.

Bei einer Grubenexplosion im Coalmont-Bergwerk bei Princeton (Britisch-Kolumbien) verunglückte eine Anzahl Bergleute. Drei sind bisher als Leichen geborgen. Eingeschlossen sind noch 40 Bergleute, an deren Rettung fieberhaft gearbeitet wird.

An der Küste von **Schantung** stießen zwei **chinesische Dampfer** zusammen. Ein Dampfer sank, **70 Passagiere** und sieben Mitglieder der Besatzung werden **vermißt.**

Zeitschriftenschau

Zeitwende. (C. H. Beck, München). Auch das Augustheft bringt, wie gewohnt, eine Fülle des Interessantesten. Leo Frobenius berichtet in seinen „Indischen Reisebriefen" auf seine anschauliche lebendige Weise über das Suchen nach Zusammenhängen zwischen den gefundenen altafrikanischen Kulturresten und denen Indiens. Barth „Philosophie und Christentum" spricht den Gegensatz aus zwischen Logik und Dialektik, diesen relativ äußerlich bleibenden Wort-Gedanken-Kunststücken und der reinen Innerlichkeit des Christentums, die unsere Existenz unmittbar ergreift. Reizend geschrieben ist Otto Frommels „Besuch in Ostpreußen", wobei er als Dichter die Landschaft und die Menschen sieht und schildert und manches Denkwürdige aus Architektur und Geschichte streift. Brandi spricht sehr interessant vom „Katholicismus und Protestantismus im 16ten Jhdt.", also von den direkten Wirkungen, die der letztere auf den ersteren ausübte. Simon feiert den Geographen „Ritter als Persönlichkeit. Geograph und Erzieher". In der Umschau ein köstlicher Bericht von Müller über die „Amricanische Intelligentsia" und mehrere interessante Randbemerkungen, z. B. „Notzeit in China". Von Issel zwei vortreffliche Bildbeilagen, bes. „Trüber Wintertag am Bodensee". Der große tiefe Roman von Anna Schieber „Das große Ich" neigt sich seinem Ende zu.

D.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aus der Landeshauptstadt

Georg Schreyögg 60 Jahre alt. Der Professor an der badischen Landeskunstschule, Bildhauer Georg Schreyögg, wurde gestern 60 Jahre alt. Schreyögg wurde in Aitrang (Oberbayern) geboren. 1909 wurde er in die Kunstgewerbeschule Karlsruhe berufen, der er nun schon über 20 Jahre angehört.

Karlsruhe als Ausstellungsstadt. Nach den bedeutsamen kulturellen Ausstellungen der vergangenen Wochen, die im Rahmen des „Badener Heimattages" veranstaltet wurden, werden im August und September in den Ausstellungsräumen der Badischen Landesgewerbehalle zwei Ausstellungen gezeigt, die ihrem Charakter nach ohne Zweifel als aktuell anzusprechen sind. Vom 17. bis 24. August findet daselbst eine Ausstellung des Amateur-Photographen-Verbandes, Gau Südwestdeutschland, statt, und vom 13. bis 21. September veranstaltet der Landesverband Baden im Reichsverband des Deutschen Gartenbaues e. V., Bezirksgruppe Karlsruhe, eine Gartenbauausstellung in Verbindung mit einer Tagung der Badischen Gemüsezüchter.

Spinale Kinderlähmung. Im „Karlsr. Tagbl." äußert sich ein Fachmann auf dem Gebiet der Kleinkinderfürsorge, der stellvertretende Leiter des Karlsruher Kinderkrankenhauses, Dr. **Courtin**, über Wesen und Bekämpfung der spinalen Kinderlähmung, und führt dabei u. a. aus: In Karlsruhe sind bis jetzt noch keine schweren Fälle dieser Krankheit aufgetreten, und auch die Zahl der Erkrankungen ist zwar größer als sonst, aber doch keineswegs besorgniserregend. Es ist sicher nur natürlich, wenn alle Eltern um ihre Kinder besorgt sind, zu einer Panik liegt aber wirklich kein Grund vor, denn die Erkrankungen sind in Karlsruhe wirklich noch nicht so zahlreich, daß man von einer allgemeinen ernstlichen Gefährdung sprechen könne.

Ausschreitungen im Wahlkampf. Der heutige Polizeibericht meldet: Im Anschluß an die Wahlversammlung der Sozialdemokratischen Partei in der Festhalle kam es gestern Abend am Ettlingertorplatz und in der Karl-Friedrich-Straße wiederholt zu Ruhestörungen und Reibereien zwischen Angehörigen links- und rechtsradikaler Parteien und ihren Gesinnungsgenossen, so daß die Polizei mehrere Male mit stärkerem Aufgebot einschreiten und Platz und Straße räumen mußte. Drei Personen im Alter von 16 bis 22 Jahren wurden vorübergehend festgenommen. — Auch während der Versammlung, in der der ehemalige Kultusminister von Thüringen, **Greil**, sprach, wurden Störungsversuche von Nationalsozialisten und Kommunisten unternommen, die aber an dem energischen Saalschutz scheiterten. Nach Beendigung der Versammlung mußten die Ruhestörer von der Polizei aus dem Saal verwiesen werden, weil es zu Tätlichkeiten zu kommen drohte. Kommunisten sowohl wie Hitlerleute zogen dann in geschlossenen Gruppen durch die Stadt.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Eine neue, nördlich Schottland angelangte Zyklone hat auf unsere Witterung Einfluß erlangt. Bei auffrischenden Westwinden ziehen mehrere Regenfronten über Frankreich heran, so daß auch für morgen mit weiteren Regenfällen gerechnet werden muß. **Wetteraussichten:** Fortdauer der kühlen und unbeständigen Witterung.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen: In **Kirnbach** (Amt Wolfach) wurde Bürgermeister **Brüstle** mit 241 von 393 Stimmen wieder gewählt. — In **Hünner** (Amt Säckingen) wurde mit 265 Stimmen der bisherige kommissarische Bürgermeister H. **Gaßmann** auf neun Jahre zum Bürgermeister gewählt. Schuhmachermeister Gemeinderat Weber erhielt 62 Stimmen.

Der Bürgerausschuß Hockenheim genehmigte den Gemeindevoranschlag, nachdem größere Posten für die Leichenhalle, für das Schulhaus und das Schwimmbad gestrichen worden waren.

Der Gaggenauer Voranschlag abgelehnt. In der Bürgerausschußsitzung in Gaggenau (Murgtal) wurde der Gemeindevoranschlag für das Rechnungsjahr 1930/31 bei Stimmengleichheit (26 : 26) abgelehnt.

Der Bürgerausschuß Schiltach genehmigte den Gemeindehaushalt mit einem ungedeckten Betrag von 29 615 *RM*. An Umlagen werden erhoben vom Grundvermögen 80, Betriebsvermögen 32 und Gewerbeertrag 480 *Rpf*.

Der Bürgerausschuß Singen a. H. genehmigte den Ausbau der Scheffelhalle zu einer Turn- und Sporthalle.

Der Bürgerausschuß Allensbach (Amt Konstanz) genehmigte den Voranschlag für 1930/31 der an Einnahmen 45 180 *RM* und an Ausgaben 61 365 *RM* vorsieht, so daß 16 715 *RM* durch Umlage zu decken sind. Die Umlage mußte gegenüber 1929 von 75 *Rpf* auf 86 *Rpf* erhöht werden. Durch die Erhöhung der Umlage ist die Gemeinde gesetzlich verpflichtet, die Getränkesteuer oder die Kopfsteuer einzuführen.

Der Bürgerausschuß Überlingen verabschiedete den Voranschlag 1930/31. Er schließt in den Ausgaben mit 784 075 *RM* und in den Einnahmen mit 614 480 *RM* ab. Die von dem Gemeinderat zur Deckung des ungedeckten Aufwandes von 169 600 *RM* vorgeschlagene Umlage beträgt 115 *Rpf* von je 100 *RM* Grundvermögen, 89 *Rpf* von je 100 *RM* des Betriebsvermögens und 729 *Rpf* von je 100 *RM* Gewerbeertrag. Die der Umlage zugrundeliegenden Steuerwerte sind, da die Steuerveranlagung für das laufende Rechnungsjahr noch nicht durchgeführt ist, in der gleichen Höhe des Vorjahres übernommen und betragen 12 291 600 *RM* Grundvermögen, 1 842 800 *RM* Betriebsvermögen und 306 900 *RM* Gewerbeertrag. Erhöht hat sich gegenüber der letztjährigen Umlage nur der Umlagefuß beim Grundvermögen von 111 auf 115 *Rpf*. Das Elektrizitätswerk kann dieses Jahr nur höchstens 13 000 Reichsmark Zuschuß an die Stadtkasse leisten. An neuen Einnahmen erscheint nur die Mineralwassersteuer, die mit 3000 Reichsmark veranschlagt ist. Bezüglich der neuen Steuern will man die Ausführungsbestimmungen abwarten.

Kurze Nachrichten aus Baden

bld. **Meckesheim** (bei Heidelberg), 14. Aug. Die Zündholzfabrik Gebr. Dißel, die wegen Absatzstockung eine vierwöchige Arbeitspause hatte eintreten lassen, hat am Dienstag den Betrieb wieder aufgenommen. Für Mitte September ist jedoch eine weitere Arbeitspause zu erwarten.

WTB. **Waldshut**, 14. Aug. In **Doggern** am Oberrhein wurde ein Fall spinaler **Kinderlähmung** festgestellt, der tödlich verlaufen ist. Die Infektion erfolgte im Elsaß.

DZ. **Unterbaldingen**, Amt Donaueschingen, 13. Aug. Ratschreiber **Johann Schacherer** in Unterbaldingen kann dieser Tage auf eine **50jährige Tätigkeit** als Ratschreiber seiner Gemeinde zurückblicken.

DZ. **Konstanz**, 13. Aug. Ende des Sommers sollen im Verkehr auf dem Bodensee **zwei neue Motorschiffe** „Augsburg" und „Kempten", in Dienst gestellt werden. Sie verkörpern einen neuen Schiffstyp auf dem schwäbischen Meer, sind 47 Meter lang, 9 Meter breit, fassen je 450 Personen und haben Dieselmotorantrieb.

---

bld. **Ludwigshafen**, 12. Aug. Der Generaldirektor der Pfalzwerke, Landesbaurat **Friedrich Pack**, ist am Dienstagmorgen nach längerer Krankheit **gestorben**. Der Verstorbene, der das 63. Lebensjahr erreicht hatte, war hauptsächlich auf dem Gebiete der Straßenbahn tätig. 1900 kam er als Leiter der Elektrizitätswerke nach Ludwigshafen, wo er zugleich die Leitung der Straßenbahnen links des Rheins (Gemeinschaftsbetrieb Mannheim-Ludwigshafen) übernahm. Bis 1920 war Pack nebenamtlich Vorstand der Pfalzwerke und von da ab versah er den Posten im Hauptamt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	14. August Geld	14. August Brief	13. August Geld	13. August Brief
Amsterdam 100 G.	168.54	168.88	168.54	168.88
Kopenhagen 100 Kr.	112.17	112.39	112.16	112.38
Italien . . 100 L.	21.91	21.97	21.91	21.97
London . . 1 Pfd.	20.373	20.413	20.37	20.41
New York . 1 D.	4.182	4.190	4.182	4.190
Paris . . 100 Fr.	16.445	16.485	16.45	16.49
Schweiz . 100 Fr.	81.342	81.502	81.345	81.405
Wien 100 Schilling	59.12	59.24	59.115	59.235
Prag . . . 100 Kr.	12.406	12.426	12.404	12.424

Herrenmühle vorm. Genz AG., Heidelberg. Die am Mittwoch stattgefundene Generalversammlung genehmigte einstimmig den Abschluß per 1929/30 und erteilte Entlastung. Der 76 598 *RM* betragende Reingewinn wird bekanntlich auf neue Rechnung vorgetragen. Der turnusgemäß ausscheidende Aufsichtsratsvorsitzende Direktor Schweizer wurde einstimmig wiedergewählt.

Die Schnellpressenfabrik, AG., Heidelberg, wird der am 30. August in Berlin stattfindenden Generalversammlung eine **Dividende von 10 Proz.** auf das Aktienkapital von 2 Millionen Reichsmark vorschlagen. Bekanntlich ist die Gesellschaft aus der mit Rückwirkung vom 1. Januar 1929 perfekt gewordenen Fusion der drei Heidelberger Gesellschaften des Richard-Kahn-Konzerns hervorgegangen: nämlich Schnellpressenfabrik Heidelberg, C. Maquet und Maschinenfabrik Geislingen. Das Geschäftsergebnis in dem ersten Jahre der Fusion muß als besonders günstig bezeichnet werden, denn die Dividende von 10 Proz. wird auf das von 801 000 *RM* auf 2 Millionen Reichsmark erhöhte Aktienkapital ausgeschüttet werden, während im Vorjahre die gleiche Dividende nur für 801 000 *RM* ausgeschüttet wurde. Das Werk beschäftigt zur Zeit im ganzen etwa 800 Angestellte und Arbeiter. Neu in den Fabrikationsbetrieb der Maschinenfabrik Geislingen, die ja vor allem die Gießereien für Schnellpressen und Maquet besorgt, wurde der Bau von **Drahtflechtmaschinen** aufgenommen, während in der Abteilung Schnellpressen nach wie vor der bekannte Heidelberger Automat und in der Abteilung Maquet Kranken- und Operationsmöbel hergestellt werden. Der Auftragsbestand war, dem „Heidelb. Tagbl." zufolge, im ersten halben Jahre gut. Zur Zeit herrscht die im Sommer alljährlich spürbare Abschwächung.

Waldhof erklärt. Zu dem vorübergehenden starken Rückgang in den Aktien der Zellstoffabrik Waldhof wird von der Verwaltung erklärt, daß der niedrige Kursstand nicht der Situation des Unternehmens entspricht. Die Verwaltung verweist auf ihre Anfang Juli gegebene Erklärung über die Geschäftslage, die darin gipfelte, daß zwar in Einklang mit der allgemeinen Konjunkturlage das Vorjahrsergebnis nicht ganz erreicht werde, daß aber das Gesamtresultat befriedigend sei. Die Werke sind nach wie vor voll beschäftigt. Die Gerüchte über eine starke Dividendenkürzung seien schon deshalb unangebracht, weil das Geschäftsjahr erst Ende Dezember ablaufe. Andererseits sei es bei der heutigen Wirtschaftslage nicht möglich, daß das Unternehmen auf Grund der offenbar auf börsentechnischen Maßnahmen beruhenden Kursrückgänge sich heute schon in seiner Dividendenpolitik festlegen könne.

Frankfurter Gasgesellschaft in Frankfurt a. M. Die Bilanzsitzung der Gesellschaft findet am 15. d. M. statt. Für 1929 wird wieder ein **Verlustabschluß** vorgelegt (i. V. 1,73 Mill. Reichsmark aus Reservefonds gedeckt). Es ist noch ein Verlustvortrag durch das inzwischen auf die **Preag** übergegangene Engagement Gewerkschaft Friedrich in Hungen (Hessen) von 1,2 Mill. Reichsmark, sowie aus Sonderabschreibungen auf andere Beteiligungen abzudecken. Neben der Bilanz steht die Frage der Kohlenfelder zur Beratung, die jedoch zu keiner Beschlußfassung über eine Veränderung in den Besitzverhältnissen führen wird, zumal das Angebot der **Ruhrgas-AG.** weder von dieser noch von der Stadt Frankfurt in den letzten Monaten überhaupt weiter verfolgt wurde.

60 Proz. Vermahlungszwang. Durch eine Verordnung hat die Reichsregierung nach Anhörung des zuständigen Reichsratsausschusses die Vermahlungsquote für Inlandweizen für die Zeit vom 15. August bis 30. September auf **60 Proz.** bestimmt. Die Verordnung hat weiter die Wirkung, daß für die Zeit vom 1. bis 14. August die Vermahlungsquote auf **40 Proz.** festgelegt wird. Dieser Prozentsatz entspricht dem Durchschnittssatz, den das Gesetz über die Vermahlung von Inlandweizen für die Zeit vom 1. August bis 30. November vorsieht.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Änderung der Ortsbezeichnung der Stadtgemeinde Buchen.

Das Staatsministerium hat unterm 4. August 1930 Nr. 8840 beschlossen, daß die Stadtgemeinde Buchen mit Wirkung vom 1. September 1930 an den Namen „Buchen (Odenwald)" zu führen hat.

Karlsruhe, den 9. August 1930.

Der Minister des Innern:
J. V.: Weitzel.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Zur Ruhe gesetzt:

Kanzleisekretär Paul **Voß** beim Bezirksamt Mosbach.

LVK

Vollheringe (neue holländ.) Stück **12** Rpf.
Kartoffeln (neue) . . . . . Pfund **5** Rpf.
Zwiebeln (neue) . . . . . Pfund **7** Rpf.
Tomaten . . . . . Pfund **18** Rpf.
Bananen . . . . . Pfund **50** Rpf.
Eier . . . . . Stück **9** u. **11** Rpf.
Trinkeier (gestempelt) . . . . Stück **13** Rpf.

Warenabgabe nur an Mitglieder.

Lebensbedürfnisverein R.536

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung"

Weinheim. Q.788
In das Vereinsregister O.-Z. 56 wurde eingetragen: **Milchkontrollverein Weinheim** in Weinheim. 13. 8. 30.
Amtsgericht 1.

Badische Kommunale Landesbank
— Girozentrale —
Oeffentliche Bank- und Pfandbriefanstalt Mannheim

Stand der am 30. Juni 1930 umlaufenden Pfandbriefe und Schuldverschreibungen bzw. der am gleichen Tage in das Deckungsregister eingetragenen Hypotheken und Darlehen:

1. 8% Gold-Hypotheken-Pfandbriefe:
Gesamtumlauf . . . . . 7 776 000,— GM.
Hypotheken lt. Deckungsregister . . . . . 7 545 774,— GM.
Ersatzhypothekendeckung in Schuldverschreibungen . 232 500,— GM.
7 778 274,— GM.

2. 7% Badische Kommunal-Goldanleihe von 1926:
Gesamtumlauf . . . . . 9 517 000,— RM.
Darlehen lt. Deckungsregister . . . . . 9 820 222,98 RM.

3. 8% Badische Kommunal-Goldanleihe von 1930:
Gesamtumlauf . . . . . 9 049 500,— RM.
Darlehen lt. Deckungsregister . . . . . 9 273 000,— RM

4. 6½% Schw. Frankenanleihe von 1928:
Gesamtumlauf . . . . . 12 779 000,— sfrs.
Darlehen lt. Deckungsregister . . . . . 12 779 000,— sfrs.

Vergebung von Bauarbeiten.

Zur Erstellung eines **Posthausneubaues** hat die Stadtgemeinde Mosbach folgende Arbeiten zu vergeben:

1. Abbruch-, Erd- und Maurerarbeiten,
2. Eisenbetonarbeiten,
3. Steinhauerarbeiten,
4. Zimmererarbeiten,
5. Eisen- und Schmiedearbeiten,
6. Dachdeckerarbeiten,
7. Blechnerarbeiten,
8. Boden- und Wandbelage, Estriche.

Zeichnungen, Arbeitsauszüge und Bedingungen liegen vormittags von 10 bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 4 Uhr bei dem unterzeichneten Bauleiter zur Einsicht auf, woselbst auch Angebotsvordrucke, d. h. solange Vorrat, gegen Kostenersatz erhältlich sind.

Die Angebote sind verschlossen, postfrei und mit entsprechender Aufschrift versehen bis **längstens den 26. August 1930 vormittags 11 Uhr beim Bürgermeisteramt** einzureichen, wo auch gleichzeitig **die Öffnung** der eingekommenen Angebote in Gegenwart der erschienenen Unternehmer stattfindet. K.535

Zuschlagsfrist 4 Wochen.

Mosbach, den 14. August 1930.

Der Bauherr: Gemeinderat. **Der Bauleiter:** Joh. Bleß, Baumstr.

Wanzen! Wanzen! 438
welch ein Schreck,
mit **SO2** schafft's Höllstern weg
F. Höllstern, Ungezief.-Vernicht.-Anstalt Herrenstr. 5, Tel. 5791.

Druck G. Braun, Karlsruhe